

Eurokapitalismus ohne Demokratie

Wolfgang Streeck zeigt, dass die Politiker zusammen mit den Eliten darauf hinarbeiten, eine EU zu konstruieren, die nicht mehr für Bürger gemacht ist, sondern für ein „Marktvolk“. Das Ungetüm, das am Werden ist, nennt er „Konsolidierungsstaat“

VON LUTZ WINGERT

Sie wird dringend benötigt von den Verantwortlichen in der Euro-Krise: die große europäische Erzählung, die den Rückhalt bei den Bürgern für die Politik der aufgeklärten Expertenstäbe wieder stärkt. Noch ist sie nicht zu vernennen, aber ein Erzählstück ist schon recht gut verbreitet: Die Krise der Euro-Zone resultiere wesentlich aus einer hohen Staatsverschuldung, die ihrerseits von wuchernden sozialstaatlichen Ansprüchen und Leistungen verursacht worden sei.

Der international bekannte Kölner Wirtschaftssoziologe Wolfgang Streeck räumt mit dieser Erklärung auf. Und nicht nur das. Auch die praktizierte Krisenlösung wird von ihm gründlich durchleuchtet, also die Einrichtung eines zentralisierten Aufsichtsregimes von Brüsseler Kommissaren mit IWF- und EZB-Ökonomen zur Kontrolle der nationalen Parlamente und der Haushalts-, Sozial- und Industriepolitik. Die Rezeptur zu dieser Lösung besteht in der Abschirmung kapitalistischer Märkte von den Unwägbarkeiten einer Innenpolitik, die sich noch von unbotmäßigen Bürgern demokratisch beeinflussen lässt: Euro-Kapitalismus ohne Demokratie.

Diese Rezeptur ist keine Brüsseler Spezialität, wie Streeck in seiner über Europa hinausgehenden Untersuchung deutlich macht. Streeck erweist sich mit seiner fulminanten Studie als ein scharfsinniger Kritiker, der weder Fürstenberater für markthörige Politiker noch achselzuckender Beobachter schicksalhaft hinzunehmender Entwicklungen sein will.

Ein demokratischer Staat sollte soziale Konflikte halbwegs fair eindämmen. Das ist seine Aufgabe

„Wir haben alle über unsere Verhältnisse gelebt“, erklärte Kanzlerin Merkel dreist verallgemeinernd in einer Neujahrsansprache. Wenn das bedeuten soll „zu viel Staatsschulden, weil zu viel Sozialstaat“, dann ist das in dieser Zuspitzung falsch. Denn dazu passt nicht die Einkommensentwicklung, wie sie in den westlichen Sozialstaaten während der vergangenen drei Jahrzehnte zu beobachten war. „Sozialstaat“ steht ja gemeinhin für eine Umverteilung von oben nach unten. Mit einem Ausbau des Sozialstaats müsste

Kapitals als eine Arbeitnehmerin, die zum täglichen Leben auf ihr Arbeitseinkommen angewiesen ist. Kapital ist überdies mobiler als Arbeitskräfte, die Menschen mit sozialen Wurzeln sind. Auch altert Kapital oft nicht so schnell wie die verwertbare Qualifikation eines Arbeitnehmers. Das sind nur einige der Gründe, warum die Klasse der Kapitalbesitzer und die Klasse der Arbeitskraftbesitzer nicht zu einer harmonischen Ehe geboren sind.

Um den Klassenkonflikt zu entschärfen, sind politische Gesetze wie Arbeitsschutzgesetze und Eingriffe wie Lenkungssteuern nötig. „Demokratischer Kapitalismus“ ist ein Kapitalismus, der von demokratisch verabredeten Gesetzen eingehegt wird. Er hatte in Europa, Japan und Nordamerika seine Hochzeit zwischen 1945 bis zu Beginn der Ära Reagan und Thatcher Ende der Siebzigerjahre. Ein relativ hohes Wachstum erlaubte, dass Wohlstandsgewinne friedensstiftend gestreut werden konnten. Mit den geringeren Wachstumsraten ging eine wichtige Voraussetzung für die Friedensformel des demokratischen Kapitalismus verloren. Die Ehe zwischen gewinnabhängigen Kapitaleignern und lohnabhängigen Arbeitskraftbesitzern verlangte von nun an einen anderen Schutz vor einem zerreißen Stresstest.

„Gekaufte Zeit“ lautet die Formel, auf die Streeck die Schutzmaßnahmen bringt, die im Westen und in Japan seit Anfang 1970 erprobt werden. Es wird Zeit gewonnen, indem Notenbanken zur Beschäftigungssicherung inflationstreibend die Geldmenge erhöhen oder indem Staaten und Personen auf dem Weg der Staats- und Privatverschuldung Geld leihen, um sich oder die Vermögen von Anlegern über die Runden zu retten. Die gewonnene Zeit dient dazu, den Konflikt zwischen lohnabhängigen und Renditeabhängigen zu entschärfen, indem mit wechselnder Aufmerksamkeit beiden Seiten Rechnung getragen wird. Streeck glaubt aber nicht, dass dieser Konflikt auf Dauer gelöst werden könne. Deshalb spricht er im Untertitel seines Buches davon, dass die Krise eines demokratischen Kapitalismus mit gekaufter Zeit nur „vertagt“ werde.

Allerdings kann an die Stelle der einvernehmlichen Konfliktlösung auch treten, dass eine Seite sich kompromisslos durchsetzt. Eine solche Haltung der sozialen Kompromisslosigkeit sieht Streeck bei den maßgeblichen Eliten in Europa und den



Es wird „Reform“ genannt. Damit ist gemeint, was die meisten Europäer, die Deutschen eingeschlossen, nicht wollen. ZEICHNUNG: SCHOPF

mäß der Devise: Was ist gut für mein Geld oder das Geld meiner Kunden?

Der Konsolidierungsstaat hat das Marktvolk, nicht das Staatsvolk zum Souverän, auch wenn sich beide Völker überschneiden. Er zeichnet sich für Streeck deutlich in der Politik der Euro-Zone ab. Der Euro dient mittlerweile als Instrument zur Disziplinierung der Innenpolitik in den nationalstaatlichen Demokratien.

Gleichwohl plädiert Streeck nicht gerade für die Abschaffung des Euro. Er favorisiert die Rückkehr taumelnder Euro-Staaten zur eigenen Währung, was ihnen einen Abwertungsspielraum eröffnen würde. Eine Bindung an den Euro als eine Leitwährung mit stufenflexiblen Wechselkursen ist damit nicht ausgeschlossen.

Eine weitere Stärkung des Straßburger Parlaments hilft nur der „globalen Klasse“

Anders als die Kriegsgeneration von Habermas hält Streeck – Jahrgang 1946 – die Euro-Zone nicht für eine Fortsetzung der deutsch-französischen Aussöhnung mit währungspolitischen Mitteln. Die fatale Gleichung „Europa = Euro-Zone“ wird von ihm zurückgewiesen. Damit hat Streeck sich von Habermas den Vorwurf eingehandelt, für Kleinstaaterei zu plädieren. Aber er glaubt zu Recht nicht mehr wie Habermas an die altlinke Idee „erst zentralisieren, dann demokratisieren“.

Die Verlagerung von Zuständigkeiten nach Brüssel hat für die nationale Exekutive des Konsolidierungsstaates ja den Vorteil, ihre autoritäre Verordnungspolitik als europäischen Sachzwang reimportieren zu können. Habermas fordert dagegen eine Stärkung des Straßburger Parlaments, was Streeck mit guten Gründen skeptisch stimmt. Eine solche Stärkung hilft allenfalls den Mitgliedern der globalen Klasse in internationalen Organisationen und Verbänden. Für den finnischen Haustechniker, die irische Geigenlehrerin oder den deutschen Karosseriebauer ist Straßburg schlicht zu weit entfernt, als dass sie annehmen dürften, mit ihrer Meinung dort Gehör zu finden.

Allerdings steckt hinter dem marktgängigen Vorwurf der Kleinstaaterei eine wichtige Frage: Was sind vernünftige Größen für Firmen, demokratische Institutionen und soziale Kooperationszusammenhän-

sich also die Einkommensschere zwischen oben und unten mehr schließen. Das Gegenteil war und ist der Fall.

Die Finanzkrise des Staates rührt stärker daher, dass die Steuereinnahmen nicht mit dem Zuwachs an infrastrukturellen Staatsaufgaben Schritt halten und dass ein demokratischer Staat soziale Konflikte halbwegs fair eindämmen soll. Streeck spricht von der „Friedensformel des demokratischen Kapitalismus“. Diese Friedensformel hat an Bindekraft eingebüßt. Die Staatsverschuldung hat ebenso damit zutun wie der europäische Unfrieden im Zuge der Euro-Krise.

Friedensformeln sind dort nötig, wo Konflikte andauern. Ein solcher Konflikt ist der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit – für Streeck ist das, mit Marx, der prägende soziale Konflikt: Ein Kapitaleigner kann zum Beispiel länger warten mit dem investiven Einsatz seines

USA. „Die Austeritätspolitik funktioniert – Europa muss Kurs halten“, forderte der EU-Währungskommissar Rehn im Dezember 2012, also am Ende eines Jahres, in dem das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Europa die höchste Menge Lebensmittel seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verteilte, darunter an drei Millionen Spanier.

Das Ziel, auf das Europa nach Rehn zuhalten soll, wird von Streeck „der Konsolidierungsstaat“ genannt. Damit ist eine Neuordnung des Verhältnisses von Demokratie und Wirtschaft gemeint. Nicht bloß Staatshaushalte sollen konsolidiert werden. Auch sollen die Erwartungen von Akteuren mit Eigentümermacht auf den Güter-, Finanz- und Arbeitsmärkten stabilisiert werden. Dazu gehört, das Vertrauen der Anleger zum Steuerstaat zu stärken: als Käufer der letzten Instanz, der sie vor größeren Risiken schützt. Überdies soll die

Erwartung stabilisiert werden, dass der Staat Marktlösungen favorisiert, dies nicht zuletzt bei der Lohnfindung. Auch die Verlegung von Entscheidungen zum Beispiel über Produktstandards oder über Regeln der Rechnungslegung aus parlamentarisch kontrollierbaren Ministerien in die Hände internationaler privater Organisationen ist Teil dieser Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft.

Ideologisch gerechtfertigt wird der Konsolidierungsstaat mit der neoliberalen Argumentation, dass ein schwach regulierter Markt prinzipiell die effizienteste und gerechteste Form sei, in der Menschen ihre Zusammenarbeit organisieren. Nötig wird diese Abschirmung der Ökonomie gegen eine störende, eingreifende Demokratie, weil die Finanzmärkte höhere Renditen als die Gütermärkte verheißten, weil sie deshalb besonders angewachsen sind und so

ein gestiegenes Erschütterungspotenzial für Volkswirtschaften und Staaten bergen. Politisch nötig und möglich wird der Konsolidierungsstaat durch ein neues Volk. Streeck nennt es erhellend das „Marktvolk“ im Gegensatz zum „Staatsvolk“.

Ein Marktvolk besteht aus Gläubigern und beauftragten Investoren, also aus Kapitalbesitzern. Ein Staatsvolk besteht aus Bürgern, also aus Mitgliedern einer Bürgerschaft. Bürger in einer Demokratie machen sich in Wahlen und in öffentlichen Diskussionen bemerkbar. Gläubiger machen sich über Käufe und Verkäufe von Staatsanleihen und über Zinssätze bemerkbar. Bürger eines Staatsvolkes leben in einem Land, das eine Geschichte hat; sie sind Teil eines „Wir“, dem sich auch die Frage stellt: Was ist gut für alle zusammen? Investoren pendeln grenzüberschreitend zwischen Handelsplätzen und arbeiten ge-

ge? Der Oberste Kommissar Barroso und Parlamentspräsident Schulz sehen die Antwort in der XXL-Größe des noch „gefesselten Riesen Europa“ (Schulz), der endlich auf Augenhöhe mit der neuen Kolonialmacht China kommen müsse. Deshalb rufen sie im Chor phrasenhaft „Vertiefte europäische Integration!“ und meinen, was Streeck als den „demokratiefreien Einheitsmarktstaat“ bezeichnet. Gegen so einen Staat wendet sich Wolfgang Streeck in seinem bedeutenden Buch.

Wolfgang Streeck: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Suhrkamp Verlag, Berlin 2013. 271 Seiten, 24, 95 Euro.
Lutz Wingert lehrt Philosophie an der ETH Zürich. Zum Thema erschienen zuletzt seine Aufsätze „Die marktkonforme Demokratie“ in *Mittelweg* 36, 1/2013 und „Citizenship and the Market Economy“ in *Las Torres de Lucca* 1/2012.